

Fronten sind verhärtet

Bürgerantrag gegen Bürgerbegehren geht in Ausschuss

■ Von Jensen Zlotowicz

Wutha-Farnroda. Der Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder steht in der Debatte um das angeschobene Bürgerbegehren gegen den geplanten Bau der B 19 zwischen Etterwinden und Wutha-Farnroda nicht voll hinter Wutha-Farnrodas Bürgermeister Torsten Gieß (parteilos). Einige sehen in der „sturen“ Haltung Gieß' zur Sache despotische Züge. Die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag unterstrich dies. Die Gemeinde ist zerrissen, die Fronten verhärtet, und das auch wegen der unverrückbaren Haltungen der beiden seit Monaten streitenden Bürgerinitiativen.

Die Argumente der Mitglieder des Vereins BI Ortsumgehung B 88 und der BI der B19-Verleugungsgegner (Bürgerverein Mosbach) prallten im Gemeinderat erneut aufeinander. Der mitunter wenig sachlich geführte Disput machte sich neben der konträren Ausgangslage der beiden Lager an der Tischvorlage

der Pro B 88-Fraktion fest, die das vom Bürgerverein Mosbach und einiger Wutha-Farnrodaer Bürger beantragte Bürgerbegehren gegen den Gemeinderatsbeschluss „Neubau der B19“ vom 14. November 2013 für nicht nicht zulässig hält und vom Gemeinderat dafür die Zustimmung forderte.

Während im Gemeinderat diskutiert wurde, was in der sensiblen Angelegenheit machbar und noch veränderbar ist, ob das Bürgerbegehren zu verhindern oder vorerst ausgesetzt werden soll, machte der Bürgermeister sichtlich genervt klar, dass es aus seiner Sicht gar keine Alternativen gibt. Das Gesetz stelle die Regeln auf und biete keinerlei Spielraum.

Ernst Kranz und Klaus Stöber, Frontmänner der B 88-Ortsumgehungs-Fraktion, sehen das nach wie vor anders.

In der von zahlreichen Besuchern verfolgten Gemeinderatsitzung wurden erneut Pro und Contra bemüht, vermeintliche andere Wege skizziert. „Man

kann zwischen Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten kaum noch trennen“, resümierte Martin Valley, einer der moderat agierenden Gemeinderatsmitglieder.

Gieß nennt das Ansinnen, das Bürgerbegehren zu kippen, „Irrsinn“. Dem Gemeinderat warf er nach der Abstimmung über die Tischvorlage vor, sich um eine für ihn auf der Hand liegende Entscheidung gedrückt zu haben. Für Gieß, der die Debatte im Rat auch mit eindeutigen Gesten als idiotisch kommentierte, wäre das Thema in fünf Minuten abgehandelt gewesen. So aber wurde der Einwohnerantrag mit großer Mehrheit in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Ungeachtete dessen läuft das von Gieß auf die Bahn gebrachte Bürgerbegehren formell an, wird im nächsten Amtsblatt angekündigt und ab 1. Februar können die nötigen Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Mehr als 100 Unterschriften hatte auch die von

MEINUNG

TLZ 14.1.2014

Was für ein Theater

■ Von Jensen Zlotowicz

Man kann über die Schwächen der Demokratie streiten. Sie hat Tücken, ist unter dem Strich jedoch das für das Gemeinwohl angenehmste Modell einer gesellschaftlichen Ordnung. Ein „Bürgerbegehren“, wie es in Wutha-Farnroda angeschoben ist, bei dem Bürger ihr „Ja“ oder „Nein“ zum Bau einer Bundesstraße äußern können und sollen, ist direkte Demokratie in höchstem Maße. Und es ist gut, dass es dieses Instrument gibt. Die Eisenacher würden jubeln, würde ihnen beim „Tor zur Stadt“ ein solches Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Für den Gemeinderat von

Wutha-Farnroda ist das „Nein“ zum Bürgerbegehren weiter eine Option. Nur so ist die Abstimmung am Donnerstag zu deuten, sonst hätte er den Antrag auf Ablehnung abgeübelt. Zerrissen ist nun weiter ein ganzer Ort. Der Gemeinderat muss sich die Kritik gefallen lassen, dass es seine Mitglieder an Professionalität und Stil vermissen lassen und die Debatte um den Straßenbau der Zukunft in einer Mischung aus Befindlich- und Empfindlichkeiten, Arroganz und Theatralik versinkt. Genau so entsteht beim Bürger Politikverdrossenheit. Auf die Kandidaten und das Ergebnis der Gemeinderatswahl im Mai bin nicht nur ich gespannt.

Eberhardt Weisheit geführte BI Ortsumgehung B 88 für ihre Sache gesammelt.

Der 2014er Haushalt der Gemeinde wurde in der Sitzung am Donnerstag auch eingebracht.

Dieser Tagesordnungspunkt ging in der Debatte um den Ablehnungsantrag des Bürgerbegehrens allerdings unter. Der Etat wird nun in den Fraktionen diskutiert und bewertet.